

## Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?

Knut Bergmann, Matthias Diermeier und Judith Niehues

Mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat sich erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik eine Partei des rechten politischen Spektrums auf Landesebene fast flächendeckend parlamentarisch etablieren können. Seit ihrem Erfolg bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 konnte sie bei allen folgenden neun Landtagswahlen in das jeweilige Landesparlament einziehen – teilweise sogar als zweitstärkste Partei. Insbesondere im Osten Deutschlands konnte die AfD Erfolge verzeichnen; seit der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2016 ist die Partei in allen Parlamenten der neuen Bundesländer vertreten.

Lange Zeit nahm das bundesdeutsche Parteiensystem eine Sonderstellung unter den europäischen Demokratien ein, in denen schon seit vielen Jahren etablierte Rechtsparteien zum festen Bestandteil des Parteienspektrums zählen. Sogar jetzt noch bleibt dem deutschen Parteiensystem eine Besonderheit, denn im Vergleich zu den anderen europäischen rechtspopulistischen Parteien fußte die AfD ursprünglich auf einer marktliberalen Programmatik – vorgetragen von einer professoralen Parteiführung. Allerdings tritt sie durch ihren inhaltlichen Wandel von der anfangs marktliberalen zu einer national-konservativen Positionierung in den vergangenen Jahren ähnlich wie ihre europäischen Pendants vermehrt als Anti-Migrationspartei auf.

In der öffentlichen Wahrnehmung galt die AfD lange als Professorenpartei, wobei dies in erster Linie den vielen Ökonomieprofessoren in der Parteispitze vor dem Essener Parteitag im Juni 2015, bei dem *Bernd Lucke* abgelöst wurde, geschuldet war. In der Folge tauchte zunehmend die Frage auf, ob es sich bei der AfD – mit Blick auf ihre Anhänger – nun stärker um eine Prekariatspartei handele.<sup>1</sup>

Der vorliegende Beitrag wird zeigen, dass die These der Prekariatspartei zu keinem Zeitpunkt zutrifft. Um den Bogen von den sozio-demographischen Merkmalen und gesellschaftspolitischen Sorgen der AfD-Anhänger bis zu den Gründen für einen Wahlentscheid zu spannen, wird eine Mikrodatenauswertung mit einer Kreisdatenanalyse ausgewählter Landtagswahlen verbunden. Die Identifikation des typischen AfD-Anhängers und des typischen AfD-Wahlkreises erlaubt eine Interpretation der Rationalität des Wahlentscheids. Herangezogen werden zudem Meinungsumfragen.

Grundsätzlich muss bei allen Analysen zur AfD berücksichtigt werden, dass nur wenige Daten verfügbar sind. Dies gilt naheliegenderweise insbesondere für die Gründungsphase.

1 Vgl. beispielsweise *Melanie Amann / Maik Baumgärtner / Markus Feldenkirchen / Martin Knobbe / Ann-Katrin Müller / Alexander Neubacher / Jörg Schindler*, Aufstand der Ängstlichen, in: *Der Spiegel* vom 12. Dezember 2015, S. 18; „AfD wandelt sich von Professoren- zur Prekariatspartei“, in: *Die Welt* online vom 21. März 2016, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article153514296/AfD-wandelt-sich-von-Professoren-zur-Prekariats-Partei.html> (Abruf am 28. Februar 2017); *Claus Leggewie*, Aus der Zeit gefallen, in: *SZ* vom 4. Mai 2016, S. 2; *Klaus Hillenbrand*, Wer hat die AfD angekreuzt?, in: *die tageszeitung* vom 6. September 2016, S. 3; *Daniel Deckers*, Partei für Männer, in: *Frankfurter Allgemeine Woche* vom 9. September 2016, S. 20.

Im Jahr 2013 war die Anhängerschaft – und damit einhergehend: mutmaßlich das Interesse – nicht groß genug, um repräsentative Analysen durchzuführen. Erst nachdem sich die AfD im Zuge der Bundestagwahl 2013, bei der sie knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, als ernstzunehmende Konkurrenz im Parteienspektrum etablieren konnte, nahm das öffentliche Interesse zu. Fortan wurden Umfragen zu politischen Einschätzungen nach Parteianhängern auch nach AfD-Anhängern differenziert. Für das Jahr 2016 liegen allerdings bisher nur wenige konsistent auswertbare Mikrodaten vor.

### 1. Zustimmung zur AfD im Zeitverlauf

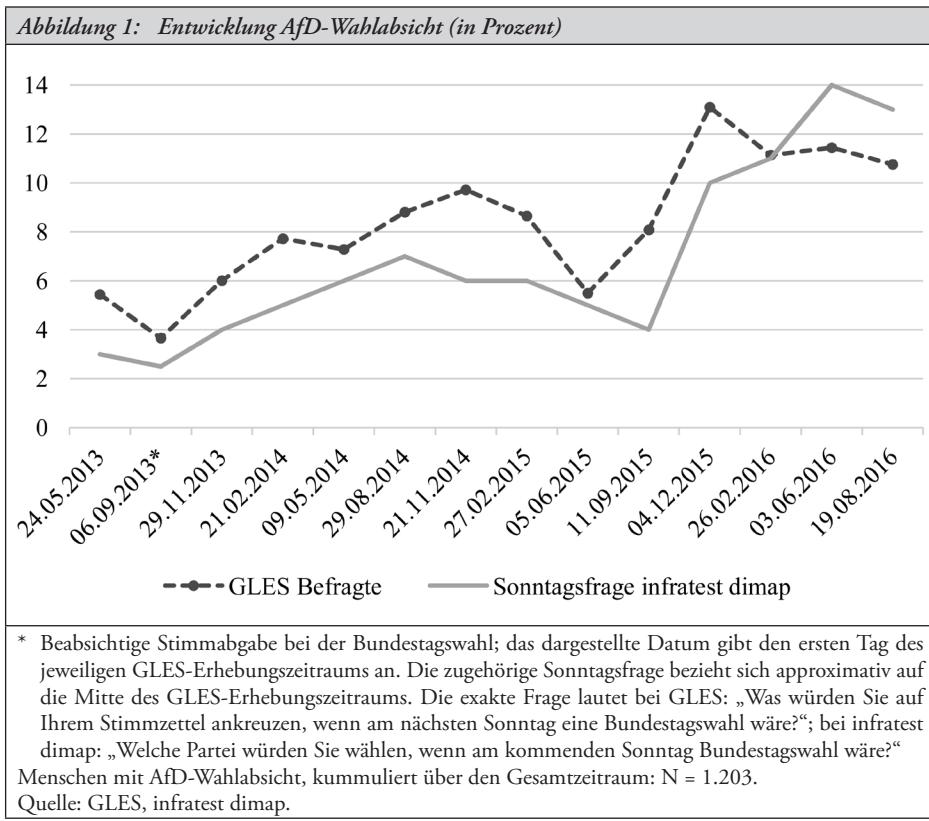
Der Erfolg der AfD lässt sich jenseits von Wahlergebnissen anhand von Zustimmungswerten in der Bevölkerung beschreiben. Abbildung 1 kombiniert die Befragungsergebnisse zur AfD-Wahlabsicht der Onlinebefragung der German Longitudinal Election Study ( GLES) mit der von infratest dimap erhobenen Sonntagsfrage. Beide Kurven zeigen eine ähnliche Dynamik, wobei die GLES-Daten für die AfD etwas höhere Umfragewerte ausweisen und damit näher an den Wahlergebnissen der vergangenen Jahre liegen.<sup>2</sup> Bei der Bundestagswahl im September 2013 verfehlte die Partei noch die Fünf-Prozent-Hürde, die dann bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2014, der zweiten bundesweiten Wahl, bei der die Neugründung antrat, mit 7,1 Prozent locker überwunden wurde. Danach sanken die Zustimmungsraten bis zum Essener Parteitag im Juli 2015, auf dem die Parteiführung abgelöst wurde. Erst mit der neuen, radikaleren Parteiführung kam auf Grundlage des deutlichen Anstiegs von in Deutschland ankommenden Flüchtlingen ab September 2015 der Erfolg zurück. Bei den folgenden Landtagswahlen konnten die besten Ergebnisse der Parteigeschichte erzielt werden. Auf Bundesebene liegen die Zustimmungsraten 2016 bei über zehn Prozent – die Anzahl der Menschen mit AfD-Wahlabsicht hat sich also im Vergleich zu den Anfängen der Partei mindestens verdoppelt.

### 2. Eine Partei der Angestellten

Klassischerweise buhlen die rechtspopulistischen Parteien Europas um die Stimmen der abgehängten Globalisierungsverlierer.<sup>3</sup> Das Paradebeispiel hierfür ist das Elektorat des französischen Front National, das durch ein niedriges Bildungsniveau und unterdurchschnittliche Einkommen gekennzeichnet ist. Die Wähler stammen häufig aus der Arbeiterschicht,

2 Für die vorliegende Analyse wurden die Wellen T21 bis T33 des GLES Langfrist-Online-Tracking im Erhebungszeitraum vom 6. September 2013 bis 2. September 2016 ausgewertet. Jede Welle wird von rund 1.000 Befragten beantwortet. Das Panel hat zum Ziel, Veränderungen in den politischen Einstellungen zwischen den Bundestagswahlen zu erklären und fragt unter anderem die hypothetische Stimmabgabe sowie die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ab. Bei den GLES-Auswertungen handelt es sich um ungewichtete Ergebnisse. Die strukturellen Befunde ändern sich aber auch bei Verwendung der unterschiedlichen Gewichte nicht.

3 Vgl. Florian Hartleb, Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Deutschland, Konrad Adenauer Stiftung, Zukunftsforum Politik 107/2011, Sankt Augustin / Berlin 2011; Italo Colantone / Piero Stanig, The Trade Origins of Nationalistic Protectionism: Import Competition and Voting Behavior in Western Europe, presented at EPSA 2016 Meeting in Brussels.



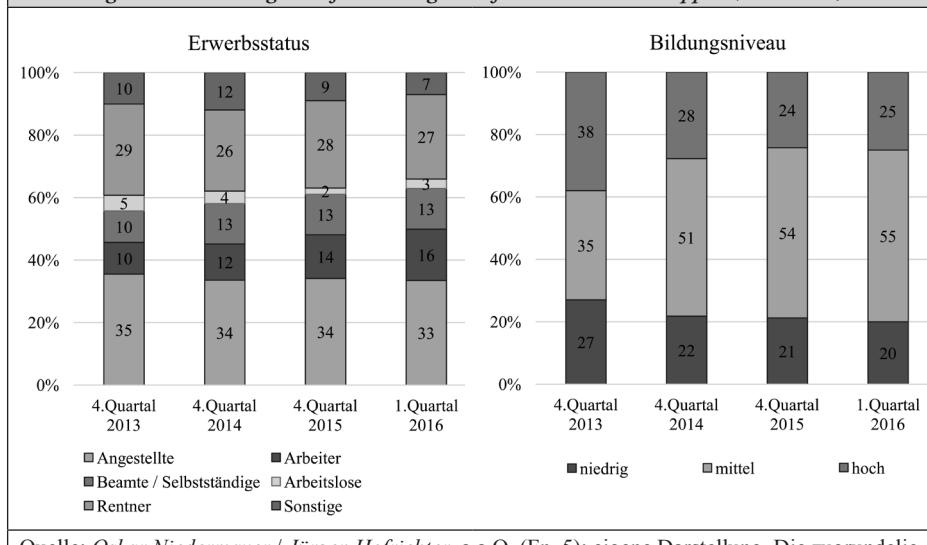
deren Beschäftigungsverhältnisse durch Strukturwandel und der damit einhergehenden Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland unter Druck geraten sind.<sup>4</sup>

Abbildung 2, die auf den Daten der grundlegenden Analyse der AfD-Wählerschaft von Oskar Niedermayer und Jürgen Hofrichter<sup>5</sup> fußt, zeigt die Entwicklung der Zusammensetzung von Personen mit AfD-Wahlabsicht nach sozialen Gruppen zwischen Ende 2013 und Anfang 2016. Bereits 2013, als die AfD noch als Professorenpartei galt, setzten sich die AfD-Sympathisanten aus vielen unterschiedlichen Gruppierungen zusammen. Zwar mögen Professoren in diesem Zeitraum die Führungsriege dominiert haben. In der AfD-Anhängerschaft verfügte aber die Mehrheit (62 Prozent) über ein lediglich mittleres und niedriges Bildungsniveau; Beamte und Selbstständige machten zu diesem Zeitpunkt nur ein Zehntel aus – ebenso viele wie die Gruppe der Arbeiter. Der Großteil der AfD-Sympathisanten rek-

4 Vgl. Daniel Stockemer / Abdelkarim Amengay, The Voters of the FN under Jean-Marie Le Pen and Marine Le Pen: Continuity or Change?, in: French Politics, 13. Jg. (2015), H. 4, S. 370 – 390. Vgl. zudem essayistisch und eindrucksvoll Didier Eribon, Rückkehr nach Reims, Berlin 2016.

5 Vgl. Oskar Niedermayer / Jürgen Hofrichter, Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?, in: ZParl, 47. Jg. (2016), H. 2, S. 267 – 285. Ihrer Analyse liegen Daten von infratest dimap zugrunde (jeweils kumulierte Auswertung des DeutschlandTREND und des MorgenMagazin DeutschlandTREND). Diese Daten standen den Autoren dieses Beitrages nicht zur Verfügung.

Abbildung 2: Entwicklung der AfD-Anhängerschaft nach sozialen Gruppen (in Prozent)



Quelle: Oskar Niedermayer / Jürgen Hofrichter, a.a.O. (Fn. 5); eigene Darstellung. Die zugrundeliegenden Daten beruhen auf dem von infratest dimap und dem für das MorgenMagazin erhobenen DeutschlandTREND.

rutierte sich aus der Gruppe der Angestellten und Rentner. Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass zwischen der Bundestagswahl 2013 und dem Jahresende 2014 zunehmend mehr Personen mit einem niedrigen Bildungsstand zur AfD-Anhängerschaft zählten beziehungsweise Menschen mit höherem Bildungsgrad sich von der Partei abwandten. Zu vermuten ist, dass die tendenziell wissenschaftlich daherkommende Kritik an der Euro-Politik der Bundesregierung zunächst eher Gebildete angesprochen hat, die ihre Unterstützung dann aber im Zuge der zunehmend kontroversen Diskussionen um die Partei wieder entzogen. Gleichzeitig sind neue Anhänger, die an den sich radikalisierenden Auffassungen Gefallen fanden, hinzugetreten. Kurzum: Von Beginn an war die AfD ein „Sammelbecken unterschiedlicher politischer Milieus und Wählerschichten“<sup>6</sup>.

Im Lauf der Zeit erwies sich die AfD als „Chamäleonpartei“<sup>7</sup>. Dabei machten selbst 2016 die „kleinen Leute“, die Arbeitslosen und Arbeiter, von allen Personen mit AfD-Wahlabsicht immer noch lediglich drei beziehungsweise 16 Prozent aus. Nach wie vor wird die Partei maßgeblich von Angestellten und Rentnern getragen, deren Anteile zwischen 2013 und 2016 nur um jeweils zwei Prozentpunkte gesunken sind und die gemeinsam immer noch 60 Prozent der AfD-Sympathisanten stellen. Der Anteil Berufstätiger an der gesamten AfD-Anhängerschaft ist sogar gestiegen.

So wenig wie die AfD im Jahr 2014 eine Partei der Professoren war, ist sie zwei Jahre später eine Partei des Prekariats. Auch erfolgte der größte Wandel in der Anhängerschaft

6 Alexander Häusler, Ausblick, in: ders. (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Düsseldorf 2016, S. 239 – 245, S. 240.

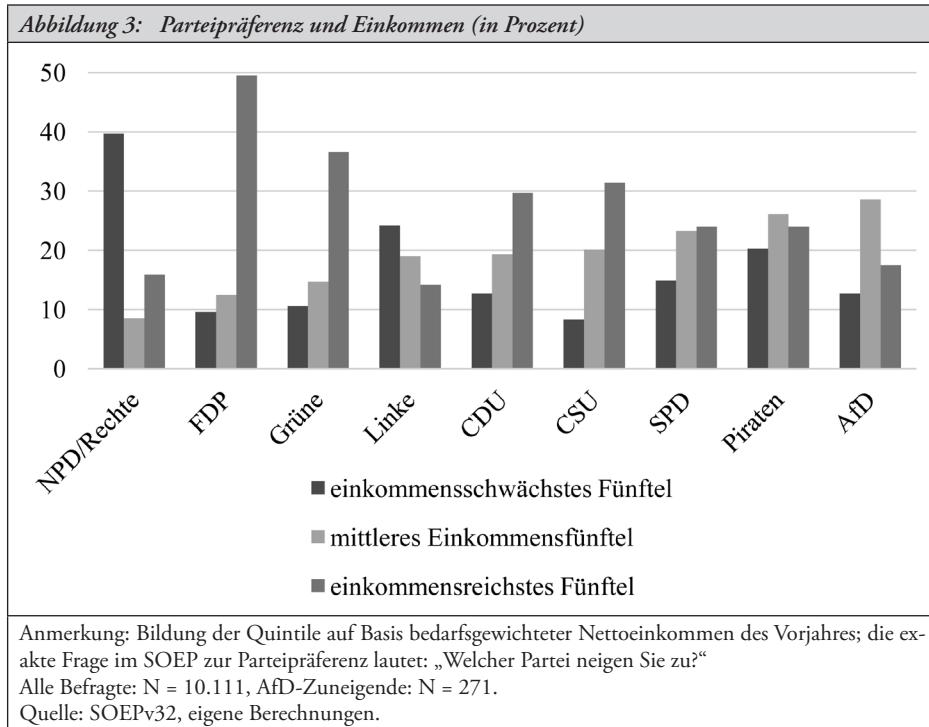
7 Paul Nolte, Die Chamäleonpartei, in: Der Tagesspiegel vom 3. April 2016, S. 7. Vgl. zudem Melanie Amann, Angst für Deutschland, München 2017, S. 57 ff.

nicht zeitgleich mit dem Wechsel der Parteiführung im Juli 2015. Konnte die AfD Ende 2013 noch überdurchschnittlich viele Anhänger mit hohem Bildungsniveau auf sich vereinen, hatte sich dieses Bild bereits Ende 2014 deutlich zugunsten der Gruppe mit mittlerem Bildungsniveau verändert.<sup>8</sup> Diese stellt seit dem 4. Quartal 2014 die Mehrheit der AfD-Anhängerschaft (vgl. Abbildung 2). Für eine weitergehende Prekarisierung gibt es insbesondere ab 2014 wenig Evidenz. Der aktuell häufig zitierte Befund, die AfD punkte besonders bei Arbeitern und Arbeitslosen, zeigte sich bereits ab Ende 2014 in den Ergebnissen des DeutschlandTrends wie auch in den Nachwahlbefragungen der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Jahr 2014.<sup>9</sup> Allerdings gilt: Selbst wenn die AfD in diesen Bundesländern weit überdurchschnittlich von Arbeitslosen und Arbeitern gewählt wurde, sind diese Gruppen zu klein, als dass sie den Großteil des AfD-Elektorats bilden könnten. Auf die Bundesebene gespiegelt heißt dies: Sogar im unwahrscheinlichen Falle, dass alle Arbeitslosen an der Bundestagswahl teilnahmen und dieselbe Partei wählten, käme diese gerade einmal auf rund fünf Prozent.<sup>10</sup>

### 3. Eine Partei der Durchschnittsverdiener und Pessimisten

Die durchschnittlichen bedarfsgewichteten Nettoeinkommen der AfD-Zuneigenden lagen 2014 mit knapp 2.500 Euro im Monat ungefähr 500 Euro – und damit deutlich – über dem Durchschnittseinkommen der Gesamtbevölkerung; etwa ein Drittel bewegte sich im oberen Einkommensfünftel; Sorgen um seine wirtschaftliche Lage machte sich praktisch keiner der AfD-Anhänger.<sup>11</sup> Im Jahr 2015 fallen Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panels zufolge deren Einkommen auf noch immer leicht überdurchschnittliche 2.200 Euro. Die auffälligste Änderung ist zu diesem Zeitpunkt eine Verschiebung von den Rändern in die Mitte: 2015 kann keine andere deutsche Partei auf einen so hohen Anteil der ihr Zuneigenden aus dem mittleren Einkommens-Quintil bauen wie die AfD (vgl. Abbildung 3).<sup>12</sup>

- 8 Die Partei selbst erklärt die geringen Zustimmungsraten bei Hochschulabgängern damit, dass diese um ihr gesellschaftliches Ansehen besorgt seien, das durch ein öffentliches Bekenntnis zur AfD Schaden nehmen könne (vgl. Alternative für Deutschland, Demokratie wieder herstellen: Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben, AfD – Manifest 2017: Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017, unveröffentlichtes Strategiepapier des AfD-Bundesvorstandes vom 22. Dezember 2016, S. 17).
- 9 Auch die Daten der Nachwahlbefragungen durch die Forschungsgruppe Wahlen (Prognosen für das ZDF) sowie durch infratest dimap (Prognosen für die ARD) sind für wissenschaftliche Auswertungen nicht zugänglich.
- 10 Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass sozial Schwache tendenziell weniger zur Teilnahme an Wahlen neigen (vgl. Armin Schäfer, Wahlbeteiligung und Nichtwähler, in: APuZ, 63. Jg. (2013), H. 48/49, S. 39 – 46; ders. / Robert Vehrkamp / Jérémie Felix Gagné, Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013, Gütersloh 2013). Um die Diversität ihrer Anhänger und Wähler weiß auch der AfD-Bundesvorstand, der in seinem Strategiepapier für ihren Bundestagswahlkampf 2017 fünf Zielgruppen identifiziert: Die Eurogegner, die Bürgerlichen mit liberal-konservativer Wertorientierung, die Protestwähler, die Nichtwähler und die „kleinen Leute“ (vgl. Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 8), S. 4).
- 11 Vgl. Knut Bergmann / Matthias Diermeier / Judith Niehues, Parteipräferenz und Einkommen – Ist die AfD eine Partei der Besserverdiener?, IW-Kurzbericht 19/2016, Köln 2016.
- 12 Bei der Interpretation der Daten ist allerdings zu beachten, dass es nur 274 Beobachtungen zur Parteidentifikation mit der AfD gibt und nur knapp drei Prozent derjenigen, die eine Parteididen-



Im Gegensatz zum Jahr 2014, als noch ein Drittel der AfD-Anhänger aus dem obersten Einkommensfünftel stammte, hat sich dieser Anteil drastisch auf 18 Prozent verringert. Aber auch der Anteil aus dem untersten Einkommensfünftel hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht verringert. Unter den etablierten Parteien zieht die AfD im Jahr 2015 damit nach der Linkspartei am zweitwenigsten Anhänger aus dem oberen Einkommensquintil an. Mit Blick auf die der Partei Zuneigenden aus dem untersten Einkommensfünftel ist die AfD gleichauf mit der CDU und liegt damit leicht über dem Parteidurchschnitt. Zwischen 2014 und 2015 hat eine Verschiebung in die Mitte stattgefunden. Eine entsprechende Analyse für das Jahr 2016 ist mangels verfügbarer Daten noch nicht möglich. *Niedermayer* und *Hofrichter* attestieren den Anhängern der Partei 2016 ebenfalls leicht überdurchschnittliche Haushaltseinkommen.<sup>13</sup>

Die Daten der GLES bestätigen, dass Personen mit AfD-Wahlabsicht ihre wirtschaftliche Situation keineswegs als unterdurchschnittlich ansehen (vgl. Tabelle 1): Im Zeitverlauf schätzten lediglich um die 13 Prozent ihre persönliche Lage als schlecht oder sehr schlecht ein, ein Wert, der leicht über dem Durchschnitt aller Befragten liegt, sich aber seit 2013 keineswegs systematisch verändert hat.

tifikation angaben, dies für die AfD taten. Die Befragung kann somit nur einen kleinen Teil der AfD-Zuneigenden abdecken (siehe auch *Knut Bergmann* / *Mathias Diermeier* / *Judith Niehues*, a.a.O. (Fn. 11)). Dies gilt insbesondere, da es mit zunehmender Rechtsverortung der AfD eine größere Zahl von Antwortverweigerungen geben könnte.

13 Vgl. *Oskar Niedermayer* / *Jürgen Hofrichter*, a.a.O. (Fn. 5), S. 273.

**Tabelle 1: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (in Prozent)**

			2013	2014	2015	2016
Eigene wirtschaftliche Lage	Alle Befragten	Aktuell	11,7	11,9	10,0	8,9
		Prospektiv	20,9	18,9	17,4	17,5
	Menschen mit AfD-Wahlabsicht	Aktuell	12,7	12,2	14,1	12,1
		Prospektiv	33,1	23,3	29,2	33,8
Allgemeine wirtschaftliche Lage	Alle Befragten	Aktuell	9,3	9,5	8,9	7,9
		Prospektiv	27,2	28,4	33,8	36,9
	Menschen mit AfD-Wahlabsicht	Aktuell	16,6	16,3	20,4	16,5
		Prospektiv	49,7	42,3	55,4	63,5

Anmerkung: Anteil der Befragten, die die wirtschaftliche Lage aktuell als schlecht oder sehr schlecht, prospektiv als etwas schlechter oder wesentlich schlechter einschätzen. Alle Befragte: N = 14.373, Menschen mit AfD-Wahlabsicht: N = 1.203.

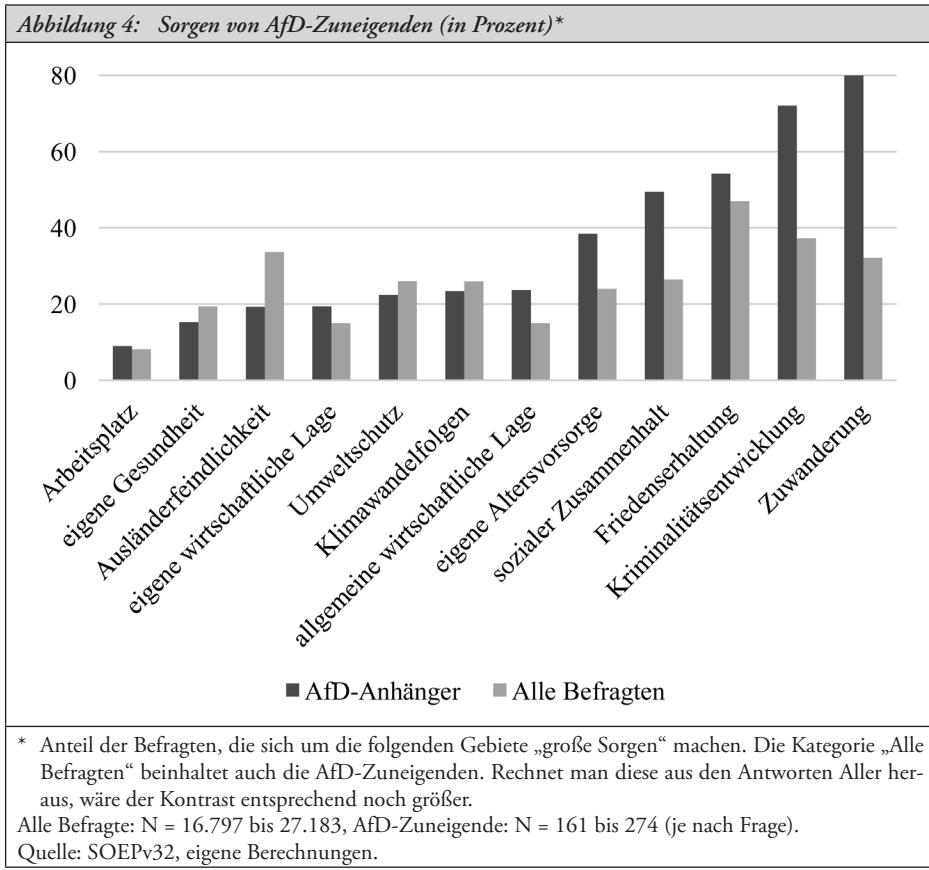
Quelle: GLES, eigene Berechnungen.

Wesentlich trüber fällt hingegen ihr Blick in die Zukunft aus: Etwa ein Drittel der Befragten mit AfD-Wahlabsicht erwartet eine Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Lage – fast doppelt so viele wie unter allen Befragten. Noch pessimistischer sind die AfD-Anhänger mit Blick auf die allgemeine wirtschaftliche Lage: Im Jahr 2016 schätzen fast zwei Drittel die Zukunft schlechter ein als die Gegenwart. Mit deutlichem Abstand folgen abwechselnd die Befragten mit Wahlabsicht der Linkspartei und der FDP. Relativ konstant ein Drittel der Anhänger dieser Parteien beurteilen die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland prospektiv als negativ. Auch die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Befragten mit AfD-Wahlabsicht ist entkoppelt von den Ansichten aller Befragten. AfD-Anhänger sind Pessimisten – im Jahr 2016 mehr denn je.

Eine Auswertung der Sorgenfragen des SOEP im Jahr 2015 differenziert diesen Befund weiter aus (vgl. Abbildung 4): Weniger Sorgen als alle Befragten machten sich AfD-Zuneigende lediglich um die eigene Gesundheit, um Ausländerfeindlichkeit, den Umweltschutz sowie um die Folgen des Klimawandels. Um die Zuwanderung, die Kriminalitätsentwicklung, den Erhalt des Friedens sowie den sozialen Zusammenhalt machen sich sogar mehr als die Hälfte der AfD-Anhänger „große Sorgen“. Bei den Themen Zuwanderung, Kriminalität und sozialer Zusammenhalt waren nur Sympathisanten der Parteien NPD/Rechte, noch besorgter.<sup>14</sup> Die individuellen wirtschaftlichen Sorgen zum Status quo, auch die um den eigenen Arbeitsplatz, waren unter den AfD-Zuneigenden wie auch unter allen Befragten sehr niedrig; die eigene Altersvorsorge sahen hingegen fast 40 Prozent der AfD-Anhänger gefährdet. Diese Frage hat aber auch einen wesentlich prospektiveren Charakter und spiegelt mutmaßlich fehlendes Vertrauen in die Stabilität des Sozialstaates wider.

Es gilt aber auch: Obwohl die AfD-Anhänger faktisch nicht zu den sozial „Abgehängten“ gehören, heißt das nicht, dass sie sich nicht ungerecht behandelt fühlen. Laut einer Allensbach-Umfrage sagten 38 Prozent von ihnen, sie gehörten „zu denen, die zurückbleiben, während es vielen anderen in Deutschland immer besser geht“ – das ist immer noch

<sup>14</sup> In der SOEP-Welle 2015 gaben 98 Befragte eine Identifikation mit der NPD oder einer anderen Partei am rechten Rand an.



der kleinere Anteil der AfD-Anhänger, aber mehr als bei jeder anderen Partei.<sup>15</sup> In diese Richtung weisen ebenso Auswertungen der Fragen nach der Zufriedenheit aus dem SOEP für das Jahr 2015. Ihnen zufolge herrscht auch mit Bezug auf die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland unter den AfD-Zuneigenden große Unzufriedenheit. Sie gaben sogar eine noch höhere Unzufriedenheit mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit an als die der Linkspartei Zuneigenden, die unter den etablierten Parteien die Spitze der Unzufriedenen bildeten. Genauso stimmten die AfD-Sympathisanten der Aussage „Im Vergleich mit anderen habe ich nicht das erreicht, was ich verdient habe“ durchschnittlich häufiger zu als die Anhänger aller etablierten Parteien; nur die der NPD/Rechte Zuneigenden lagen hier deutlich über der durchschnittlichen Zustimmungsrate der AfD.

Anderen Umfragen zufolge empfinden sich Menschen mit AfD-Wahlabsicht zwar mehrheitlich nicht als Modernisierungsverlierer – sie schätzen ihre Situation allerdings zum Teil deutlich skeptischer ein als die Anhänger der etablierten Parteien mit Ausnahme der Linken. 56 Prozent antworteten auf die Frage, ob sie sich eher auf der Gewinner- oder Verliererseite der gesellschaftlichen Entwicklung sehen, mit ersterem. Als Modernisierungsverlierer fühlten

15 Vgl. Renate Köcher, Die AfD – Außenseiter mit Rückhalt, in: FAZ vom 20. Oktober 2016, S. 8.

sich 28 Prozent der AfD-Anhänger.<sup>16</sup> Grosso modo ist ihr Denken gekennzeichnet von Krisenszenarien und Katastrophenängsten. Das Misstrauen gegenüber anderen Parteien ist „epidemisch, die Überzeugung, dass Abgeordnete in erster Linie nicht die Interessen der Bevölkerung vertreten, sondern eine andere Agenda verfolgen, ist bei AfD-Anhängern fast Konsens“<sup>17</sup>. Nicht zuletzt die Einstellung gegenüber der Globalisierung lässt die Interpretation zu, dass sich die Anhänger der Partei den gesellschaftlichen Entwicklungen regelrecht ausgeliefert fühlen. Die AfD-Zugeneigten erkannten zu 60 Prozent vor allem negative Folgen und bewerteten die Globalisierung deutlich skeptischer als der Durchschnitt der Bevölkerung (30 Prozent) wie sogar die Anhänger der Linken mit 42 Prozent<sup>18</sup>.

Einen solchen Schluss legen auch Auswertungen der SOEP-Welle 2015 bezüglich der Einstellungen zum Leben und zur Zukunft nahe. Deutlich mehr AfD-Zuneigende als im Durchschnitt aller Befragten widersprachen einerseits der Aussage, dass man durch soziales und politisches Engagement die sozialen Verhältnisse beeinflussen kann. Auf der anderen Seite machten Befragte mit AfD-Parteidentifikation häufiger „die Erfahrung, dass andere über [ihr] Leben bestimmen“<sup>19</sup>. Auch die weiteren Fragen dieses Themenkomplexes deuten darauf hin, dass AfD-Sympathisanten den Eindruck haben, selbst nur unzureichend die Dinge in einer für sie guten Weise beeinflussen zu können. Dieselbe Auslegung folgt aus Meinungsumfragen, nach denen AfD-Anhänger deutlich unzufriedener als die Sympathisanten aller anderen Parteien damit sind, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Dasselbe Bild ergibt sich bei der Beurteilung der Aussage, „dass durch Wahlen die Meinung der Bevölkerung Eingang in politische Entscheidungen findet“, der die Anhänger der AfD deutlich weniger zustimmen als die anderer Parteien. Umgekehrt halten sie – wiederum mit deutlichem Abstand zu den Sympathisanten der anderen Parteien – Volksabstimmungen für demokratischer als Abstimmungen im Bundestag.<sup>20</sup>

#### 4. Die AfD in Ost- und Westdeutschland: Die Teilung lebt fort

Die AfD-Anhänger kennzeichneten trotz ihrer leicht überdurchschnittlichen Einkommen und ihres immerhin mittleren Bildungsniveaus mit Blick auf die Zukunft ein starker Pessimismus. Besonders groß sind die Sorgen bei Fragen, die die Themenkomplexe Migration

16 Vgl. infratest dimap, Modernisierungsverlierer und neue soziale Medien. Eine Studie im Auftrag von Report Mainz, 23. bis 25. November 2016, <http://www.swr.de/-/id=18582252/property=download/nid=233454/1o3u44d/pumfrage.pdf> (Abruf am 28. Februar 2017).

17 Renate Köcher, a.a.O. (Fn. 17).

18 Vgl. ebenda.

19 Bei den Fragen zu den Lebenseinstellungen konnten die Befragten jeweils auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme voll zu) antworten. Beim Einfluss des eigenen Engagements erreichten die AfD-Zuneigenden einen durchschnittlichen Wert von 3,2, gegenüber 3,9 im Gesamtdurchschnitt; bei dem Ausmaß des fremdbestimmten Lebens 3,7 versus 3,0. Die Unterschiede zwischen den Mittelwerten sind jeweils statistisch hochsignifikant. In allen Fragen dieses Themenkomplexes verorteten sich die AfD-Zuneigenden stärker als der Durchschnitt der Befragten in Richtung geringerer Selbstbestimmung, auch wenn die Abweichungen kleiner ausfallen als bei den oben genannten beiden Items.

20 INSA-Umfragen zu: „Ich bin unzufrieden damit, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert“, „Ich denke, dass durch Wahlen die Meinung der Bevölkerung Eingang in politische Entscheidungen findet“, „Volksabstimmungen sind demokratischer als Abstimmungen im Bundestag“, in: Cicero vom Februar 2017, S. 22 ff.

und die allgemeine – nicht die individuelle – wirtschaftliche Situation betreffen. Hieraus ergibt sich ein gewisses Spannungsfeld: Wenn nicht die individuelle Bedrohung ausschlaggebend ist, wie lässt sich dann die Zuneigung zur AfD erklären?

Da derzeit nicht hinreichend Beobachtungen zum AfD-Wahlentscheid auf Mikrodatenebene zur Verfügung stehen, bleibt die abschließende ökonometrische Identifikation dieser Frage verwehrt. Mithilfe einer Auswertung von Wahlergebnissen auf Kreisebene lässt sich trotzdem prüfen, inwiefern Merkmale um die Themen Migration und Wirtschaft in den jeweiligen Kreisen als Determinanten des AfD-Wahlverhaltens identifiziert werden können. Hierfür bieten sich die Landtagswahlen in den Flächenländern Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt an.<sup>21</sup> Im Gegensatz zu der Auswertung von Befragungsdaten hat die Analyse der Kreisdaten den Vorteil, dass die faktischen AfD-Erfolge berücksichtigt werden und sich keine Problematik möglicher nicht wahrheitsgemäßer Antworten ergibt.

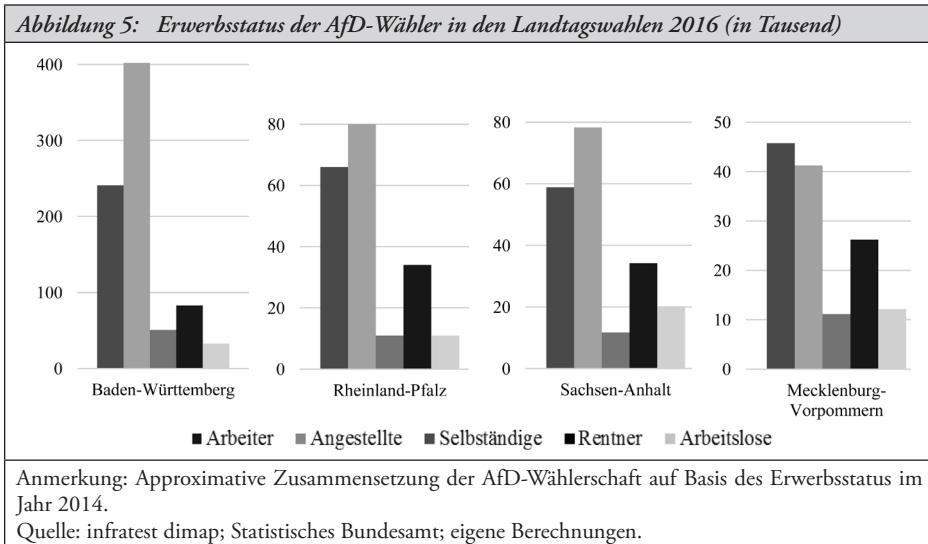
Für die Kreisanalyse sind insbesondere die Ost-West-Unterschiede bedeutsam, so dass sich ein kurzer Überblick über die Wählerschaft in den einzelnen Bundesländern anbietet. Leider ist eine sozio-demographische Untersuchung der tatsächlichen AfD-Wählerschaft bei den vergangenen Landtagswahlen, beispielsweise anhand von Nachwahlbefragungen, nicht möglich, da die entsprechenden Daten nicht öffentlich zugänglich sind. Für gewisse soziale Gruppen wurden hingegen die AfD-Stimmenanteile veröffentlicht. Durch die Kenntnis der jeweiligen Gruppengröße und korrigiert um die durchschnittliche Wahlbeteiligung lässt sich damit die absolute Anzahl der Wähler nach sozialen Gruppen zumindest schätzen.

Abbildung 5 zeigt diese approximierte absolute Gruppengröße in Tausend Wählern. Die Betrachtung auf Landesebene bestätigt den gesamtdeutschen Befund: Angestellte sind aufgrund ihrer Gruppengröße die wichtigste Wählergruppierung für die AfD – außer in Mecklenburg-Vorpommern, dort stellen Arbeiter die größte Gruppe. Arbeitslose haben in den beiden ostdeutschen Bundesländern einen wichtigen Beitrag zu den AfD-Wahlerfolgen geleistet. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist der Anteil der Arbeitslosen trotz überproportionaler Zustimmungsraten schlicht zu klein, um das Wahlergebnis wesentlich zu beeinflussen. Diesen Auswertungen liegt allerdings die unwahrscheinliche Annahme zugrunde, dass die Wahlwahrscheinlichkeit unabhängig vom Erwerbsstatus ist. Analysen zum Wahlverhalten deuten indes darauf hin, dass sozial schwache Milieus eine signifikant geringere Wahlwahrscheinlichkeit aufweisen als sozial stärkere Milieus.<sup>22</sup> Die Anzahl der Arbeitslosen werden in Abbildung 5 entsprechend überschätzt, d.h. ihre tatsächliche Zahl dürfte geringer sein.

Um eine kleinteilige Analyse der Wahlergebnisse durchzuführen, bietet sich eine Auswertung der Landtagswahlen in den Kreisen an. Tabelle A1 im Anhang beschreibt die in der Regression verwendeten Daten. Da keine vollständige Datenbank auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte vorliegt, wurden die Datenreihen aus verschiedenen Quellen zusammengetragen. Die Landtagswahlergebnisse wurden von den jeweiligen Statistischen Landesämtern beziehungsweise den Landeswahlleitern bereitgestellt. Aus dieser Quelle

21 Die kreisfreie Stadt Berlin würde in diesem Sample lediglich einen einzigen Datenpunkt ausmachen, und die große Heterogenität der Wahlergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen (insbesondere zwischen Ost- und Westberlin) könnte nicht berücksichtigt werden. Die Ergebnisse der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2016 werden deshalb in der Regressionsanalyse ignoriert.

22 Vgl. Armin Schäfer, a.a.O. (Fn. 10); ders. / Robert Vehrkamp / Jérémie Felix Gagné, a.a.O. (Fn. 10).



stammen die AfD-Stimmenanteile sowie die Wahlbeteiligung der Landkreise und kreisfreien Städte. Die folgende Analyse beschränkt sich auf die Auswertung der Zweitstimmen, da diese die Zustimmung der wählenden Bevölkerung zu einer Partei proportional abbilden. Die Reihen zur Bevölkerungsdichte in Personen je Quadratkilometer stammen vom Statistischen Bundesamt und beziehen sich auf das Jahr 2014. Die Anzahl der Aufenthaltsgestattungen wurde vom Statistischen Bundesamt schon für 2015 bereitgestellt; sie geben Aufschluss über die Zahl von Personen, die sich im Asylverfahren befinden. Für die weiteren Variablen wurden die entsprechenden Anteile an der Bevölkerung des jeweiligen Kreises berechnet. Auch die binäre Variable „Universitätsstadt“ wurde aus Daten des Statistischen Bundesamtes kodiert. Der Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder enthält die Angaben zur Arbeitslosenquote, zum Bevölkerungsanteil mit allgemeiner Hochschulreife, zum Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sowie zum Anteil der Menschen im Alter über 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung; die Daten stammen aus dem Jahr 2014. Aus derselben Quelle wird das verfügbare Einkommen je Einwohner (Pro-Kopf-Einkommen) entnommen, das allerdings auf das Jahr 2013 zurückgeht. Das Preisniveau hat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung erhoben (zuletzt 2009). Die Variable ist über den Zeitablauf jedoch sehr stabil, sie verändert sich also kaum, so dass keine starke Verzerrung der Schätzergebnisse zu erwarten ist.

Auch die Datenbasis der anderen Kontrollvariablen liegt meist mehrere Jahre vor der Landtagswahl. Eine Veränderung während dieses Zeitraums ist zwar durchaus denkbar, es handelt sich jedoch ebenfalls um persistente Variablen. Im Fokus der Analyse stehen die Unterschiede der einzelnen Kreise als Erklärungsfaktor für den AfD-Wahlerfolg, nicht Veränderungen im Zeitablauf.<sup>23</sup> Die abhängige Variable ist jeweils der Anteil der Wählerstimmen (Zweitstimmen), den die AfD in einem bestimmten Kreis für sich gewinnen konnte.

23 Im schlechtesten Fall wären die Ergebnisse der Regression insignifikant, obwohl ein Zusammenhang besteht (Fehler 1. Art), weshalb die Interpretation der signifikanten Ergebnisse unproblematisch scheint.

Mittels einer linearen Regressionsanalyse werden dann in unterschiedlichen Varianten kreispezifische Determinanten für den AfD-Wahlerfolg untersucht. Um insbesondere Ost-West-Unterschieden und bundesländer spezifischen Einflüssen gerecht zu werden, werden die Modelle jeweils in unterschiedlicher regionaler Abgrenzung geschätzt. Die Ergebnisse der Grundschatzung sind in Tabelle A2 im Anhang dargestellt.

Die Regressionsanalysen zeigen nahezu durchweg einen signifikant positiven Einfluss der Arbeitslosenquote. Nur in der Spezifikation, in der lediglich die ostdeutschen Kreise betrachtet werden, kann kein statistisch signifikanter Zusammenhang festgestellt werden. Bei Berücksichtigung aller vier Landtagswahlen (Spalte 3) und Kontrolle der bundesländer spezifischen Effekte geht eine um einen Prozentpunkt höhere Arbeitslosenquote mit einem um knapp einen Prozentpunkt höheren AfD-Stimmenanteil einher. Bei der Interpretation der Variablen ist zu beachten, dass dies nicht notwendigerweise impliziert, dass die Gruppe der Arbeitslosen den größten Teil der AfD-Wähler ausmacht – nicht einmal, dass Arbeitslose eher die AfD wählen, sondern lediglich, dass in Kreisen mit vergleichsweise hoher Arbeitslosigkeit die AfD unter sonst gleichen Bedingungen besser abgeschnitten hat. Wie die Analyse der AfD-Anhänger gezeigt hat, sind die wenigsten von ihnen arbeitslos; die meisten sind sich ihrer soliden wirtschaftlichen Situation bewusst. Gerade bei den westdeutschen Landtagswahlen war der Anteil der AfD-Wähler, die tatsächlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind, verschwindend gering. Umso erstaunlicher ist auf den ersten Blick der Befund, dass die AfD gerade in den westdeutschen Kreisen mit höherer Arbeitslosigkeit erfolgreich war.

Eine mögliche Erklärung ist, dass Menschen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit mit Problemen und Bedrohungsszenarien konfrontiert werden, die sie zwar individuell nicht akut betreffen, denen sie in Gegenden mit geringerer Arbeitslosigkeit aber nicht ausgesetzt wären. Die Datenlage lässt zwar nicht ausschließen, dass nahezu alle arbeitslosen oder sozial schwachen AfD-Wähler in den Kreisen mit hoher Arbeitslosigkeit wohnen und entsprechend tatsächlich von der schwierigen wirtschaftlichen Situation betroffen sind. Das ist jedoch nicht sonderlich wahrscheinlich – insbesondere deutet der niedrige Anteil Arbeitsloser am westdeutschen AfD-Elektorat in die entgegengesetzte Richtung. Der Anteil der sozial schwachen AfD-Anhänger ist zu gering, als dass sie alleinig für die hohen Zustimmungs räten ursächlich sein könnten. Abschließend kann der Befund jedoch erst geklärt werden, wenn Mikrodaten zur sozio-demographischen Struktur von AfD-Anhängern in den Landkreisen vorliegen. Aktuelle Forschungsergebnisse bestätigen, dass eher die regionale als die individuelle wirtschaftliche Situation den Ausschlag zum Wahlentscheid für rechtspopulistische Parteien gibt.<sup>24</sup> Die AfD-Wähler scheinen diesem Muster zu entsprechen. Die betrachteten regionalspezifischen Kennzahlen erklären mehr als drei Viertel der gesamten regionalen Unterschiede der AfD-Ergebnisse.

In Westdeutschland zeigt sich der positive Einfluss der Arbeitslosenquote auf die AfD-Wahlergebnisse allerdings nur, wenn weitere Kontrollvariablen wie Indikatoren für die Bevölkerungsdichte oder den materiellen Wohlstand eines Kreises in der Regression berücksichtigt werden. Eine Erklärung liegt darin, dass städtische Gebiete, die über ein hohes Preisniveau verfügen, eine vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote aufweisen können. Die Bevölkerungsdichte, das Preisniveau sowie der Anteil der Bevölkerung mit allgemeiner Hochschulreife zeigen allerdings eindeutig negative Effekte auf den AfD-Stimmenanteil.

24 Vgl. Italo Colantone / Piero Stani, a.a.O. (Fn. 3).

Der Einfluss der Arbeitslosigkeit wird dadurch erst bei Hinzunahme dieser Kontrollvariablen evident. In der Regression auf Basis der vier Bundesländer geht ein Teil des Einflusses der Arbeitslosenquote auf den deutlichen Ost-West-Unterschied zurück – bei isolierter Betrachtung Ostdeutschlands zeigt sich hingegen kein signifikanter Einfluss der Arbeitslosigkeit.<sup>25</sup> Grundsätzlich lassen sich in der ostdeutschen Spezifikation weniger signifikante Einflüsse identifizieren. Dies ist zum einen der geringen Beobachtungszahl geschuldet, zum anderen auf die geringe Varianz der AfD-Ergebnisse sowie der unabhängigen Variablen zwischen den Kreisen zurückzuführen. In Ostdeutschland bietet lediglich eine niedrigere Bevölkerungsdichte einen eindeutigen Hinweis auf ein besseres Abschneiden der AfD. Die dortigen AfD-Erfolge scheinen somit unabhängig von regionalspezifischen Strukturmerkmalen zu sein. Unter Berücksichtigung der empirischen Schwierigkeiten könnte dies die Interpretation nahe legen, dass die AfD im Osten mehr als im Westen eine Partei ist, die in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.<sup>26</sup>

Die Höhe des verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens in einem Kreis korreliert so gut wie gar nicht mit dem AfD-Wahlergebnis. Die Wahlbeteiligung zeigt in Spalte 1 einen signifikant negativen Einfluss, der aber nur darauf zurückzuführen ist, dass diese im Osten geringer ist und gleichzeitig der AfD-Stimmenanteil höher. Insbesondere in den Kreisen Baden-Württembergs (Spalte 3) zeigt sich hingegen ein positiver Einfluss der Wahlbeteiligung auf das Wahlergebnis der AfD. Gerade in diesen Kreisen fiel der Nichtwähler-Zulauf zur AfD allerdings besonders gering aus. Der Effekt könnte auf die generell hohe Wahlbeteiligung zurückzuführen sein, aber auch daher stammen, dass viele Nichtwähler sich hier von anderen Parteien haben aktivieren lassen.<sup>27</sup> Da es sich aber um eine reine Querschnittsbetrachtung handelt, lassen sich hieraus keine vertieften Schlussfolgerungen ziehen.

Zuletzt zeigt sich in den meisten Spezifikationen eine positive Korrelation des Anteils von Einwohnern ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit dem AfD-Ergebnis. Werden die Wahlergebnisse in den ostdeutschen Kreisen isoliert betrachtet, gilt dieser Zusammenhang nicht. Dies bedeutet allerdings nicht, dass Zuwanderung beim Wahlentscheid dort keine Rolle gespielt hat. Anekdotische Evidenz für die Bedeutung dieser Variable bietet der Burgenlandkreis: Hier hat sich der Ausländeranteil zwischen 2000 und 2014 von 1,2 auf drei Prozent erhöht. In keinem anderen Kreis kam es zu einer ähnlich starken relativen Veränderung. Gleichzeitig ist der Burgenlandkreis der Kreis, in dem die AfD mit knapp 29 Prozent ihr bestes Ergebnis in Sachsen-Anhalt erzielen konnte. Insgesamt zeigt sich für die Kreise des Landes ein signifikant positiver Einfluss der Veränderung des Ausländeranteils auf den AfD-Erfolg. Für Mecklenburg-Vorpommern lässt sich dieser Zusammenhang nicht analysieren, da sich die Abgrenzung der Kreise verändert hat.<sup>28</sup> Dennoch deuten diese Befunde

25 Um sicherzustellen, dass die Ergebnisse nicht maßgeblich von einigen wenigen Ausreißern getrieben werden, wurden verschiedene Quantilsregressionen durchgeführt. Die entsprechenden Schätzungen zeigen keine strukturell veränderten Ergebnisse.

26 Vgl. hierzu auch Joachim Klose / Werner J. Patzelt, Was ist so schlimm am Rechtspopulismus?, in: Stefan Orth / Volker Resing (Hrsg.), AfD, Pegida und Co., Freiburg 2017, S. 134 – 163, S. 153 ff.

27 Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg setzte sich das AfD-Elektorat lediglich zu 26 Prozent aus Nichtwählern zusammen. In Sachsen-Anhalt betrug der Anteil ganze 37 Prozent.

28 Ignoriert man die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, zeigt sich für die Gesamtheit der verbleibenden drei Bundesländer kein signifikanter Effekt der Veränderung des Ausländeranteils auf den AfD-Erfolg. Eine aktuelle Untersuchung belegt ebenfalls, dass der erhöhte Zuzug von Geflüchteten in einen Kreis zu keinem besseren Abschneiden der AfD in den entsprechenden

darauf hin, welche Auswirkungen die Flüchtlingsmigration auf das Abschneiden der AfD hatte.

Insbesondere für Westdeutschland sprechen die Ergebnisse – auf rein deskriptiver Basis – gegen die so genannte Kontakthypothese. Sie besagt, dass vermehrter Kontakt zwischen Einheimischen und Fremden deren Akzeptanz positiv beeinflusst.<sup>29</sup> AfD-Anhänger, die sich – wie oben diskutiert – vermehrt Sorgen um Zuwanderung machen, leben unter sonst gleichen Bedingungen in Gebieten mit einem höheren Anteil an Ausländern. Gerade für die westdeutschen Kreise lassen sich damit einige signifikante Effekte identifizieren: Nach der Kreisanalyse begünstigen eine höhere Arbeitslosenquote, ein höherer Ausländeranteil, eine niedrigere Bevölkerungsdichte, ein niedrigeres Bildungsniveau und ein niedrigeres Preisniveau die Neigung zur AfD. Offenbar profitiert die AfD in Westdeutschland von strukturschwächeren Kreisen – obwohl sich ihre Anhängerschaft kaum den wirtschaftlich Abgehängten zuordnen lässt.

Die Bedeutung der Arbeitslosigkeit als Erklärungsfaktor für den AfD-Erfolg zeigt sich genauso bei dem beobachteten Ost-West-Unterschied: In Ostdeutschland liegen sowohl die durchschnittliche Arbeitslosigkeit als auch die AfD-Stimmenanteile wesentlich höher als in den betrachteten westdeutschen Kreisen. Abgesehen von einer leichten Evidenz für ein Land-Stadt-Gefälle zeigen sich darüber hinaus für Ostdeutschland nur wenige herausstechende kreisspezifische Determinanten für das AfD-Ergebnis.

## 5. Die Schwäche der AfD in Universitätsstädten

Die Regressionen lassen einen durchweg negativen Einfluss der Bevölkerungsdichte auf den AfD-Stimmenanteil erkennen, das heißt, in weniger besiedelten, ländlichen Regionen schneidet die AfD robust erfolgreicher ab als in städtischen Regionen. Dieser Effekt wird bestätigt, wenn anstatt der Bevölkerungsdichte der Einfluss von Großstädten oder Universitätsstädten auf das AfD-Ergebnis untersucht wird: Unter sonst gleichen Bedingungen liegt das AfD-Ergebnis in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern um 2,3 bis 5,5 Prozentpunkte niedriger, in Universitätsstädten um 2,0 bis 2,3 Prozentpunkte.<sup>30</sup> Da in größeren Städten sowohl die Arbeitslosenquote als auch der Ausländeranteil deutlich höher liegen als im ländlichen Raum, wird in einem letzten Schritt deren kombinierter Einfluss noch einmal näher beleuchtet.

In der entsprechenden Regression in Tabelle A3 sind Interaktionseffekte der Arbeitslosenquote und des Ausländeranteils mit dem Dummy „Universitätsstadt“ abgebildet. Um die Anzahl der Variablen gegenüber der Gesamtzahl der Beobachtungen möglichst gering

Wahlen geführt hat (vgl. *Markus Gehrsitz / Martin Ungerer, Jobs, Crime, and Votes: A Short-run Evaluation of the Refugee Crisis in Germany*, IZA Discussion Paper No. 10494, Bonn 2017).

29) Evidenz für die Kontakthypothese konnte beispielsweise in Österreich mit Bezug auf die Wahlergebnisse der FPÖ gefunden werden (vgl. *Andreas Steinmayr, Exposure to Refugees and Voting for the Far-Right: Unexpected Results from Austria*, IZA Discussion Paper No. 9790, Bonn 2016).

30) Hier zeigt sich wiederum ein interessanter Unterschied bei separater Betrachtung Ostdeutschlands: Das Merkmal „Großstadt“ geht dort zwar mit einem deutlich niedrigeren AfD-Ergebnis einher, der Indikator „Universitätsstadt“ zeigt hingegen keinen signifikanten Einfluss. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass der Universitäts-Landkreis Vorpommern-Greifswald mit 25,5 Prozent das höchste AfD-Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern erzielt hat.

zu halten, sind die übrigen Kontrollvariablen hier nicht berücksichtigt, was unproblematisch ist, weil ihre Hinzunahme das Ergebnis nur geringfügig verändert. Die Arbeitslosenquote hat zwar außerhalb von Universitätsstädten einen signifikant positiven Einfluss, in diesen Städten beeinflusst die Höhe der Arbeitslosigkeit den AfD-Erfolg aber nicht.

Der Anteil von Einwohnern ohne deutsche Staatsangehörigkeit zeigt außerhalb von Universitätsstädten den obigen positiven Einfluss, außerhalb dieser Städte ist jedoch ein – wenn auch nicht ganz robust – umgekehrter Effekt zu beobachten: Je höher der Anteil von Einwohnern ohne deutsche Staatsangehörigkeit in einer Universitätsstadt, desto geringer der AfD-Stimmenanteil. Insofern gibt es durchaus Evidenz für die Kontakthypothese. Erklärungen für diesen Zusammenhang können einerseits das höhere Bildungsniveau innerhalb dieser Städte sein, zum anderen, dass Universitätsstädte ein Anziehungspunkt für Menschen sein könnten, die weltoffener sind. Dieses Ergebnis verblasst, wenn man anstatt der Universitätsstädte einen Dummy für große oder kreisfreie Städte verwendet. Pforzheim, Heilbronn und Ludwigshafen zählen mit mehr als 100.000 Einwohnern zu den Großstädten, wobei die AfD dort jeweils einen Stimmenanteil von über 20 Prozent erreichte – was deutlich über dem Durchschnitt der westdeutschen Kreise liegt. Mannheim bildet von den Universitätsstädten die einzige markante Ausnahme: Die AfD erzielte dort mit 17,9 Prozent der Zweitstimmen ebenfalls ein deutlich überdurchschnittliches Ergebnis. In den anderen westdeutschen Städten schnitt die Partei hingegen vergleichsweise schlecht ab.

## 6. AfD-Anhängerschaft als Ausdruck vermeintlicher Alternativlosigkeit

Dass sich der Erfolg der AfD kaum nur aus „Abgehängten“ speisen kann, darauf deutet die aktuell gute wirtschaftliche Situation Deutschlands hin – die Gruppen derjenigen, die sich hierzulande momentan wirtschaftlich abgehängt fühlen, sind nicht annähernd groß genug.<sup>31</sup> Darüber hinaus hat sich nicht nur die tatsächliche Arbeitslosenquote deutlich verringert, sondern genauso die gefühlten Sorgen um die wirtschaftliche Situation. In Deutschland haben die Befürchtungen, den Arbeitsplatz zu verlieren, seit etwa zehn Jahren abgenommen.<sup>32</sup> Zunehmende individuelle Abstiegsängste sind somit schwerlich eine bedeutende Erklärung für das Erstarken der AfD.

Tatsächlich widerspricht die Analyse der Einkommens- und Bildungsstruktur der AfD-Sympathisanten der Prekarisierungshypothese. Musste man die Bezeichnung der AfD als Partei der Besserverdiener in der Gründungsphase noch mit einem Fragezeichen versehen, ist sie im Durchschnitt heute zweifelsohne sozio-demographisch eine Partei der Mitte. Der Anteil der Arbeitslosen unter ihren Anhängern ist gerade im Westen sehr gering. Auch das Bildungsniveau ist seit 2014 konstant. Dieser Befund steht nicht im Widerspruch zur Annahme des Bundesvorstandes der AfD, dass die Partei „mittlerweile zur ersten Adresse für Arbeiter und Arbeitslose geworden“<sup>33</sup> sei – allerdings sind diese Wählergruppen viel zu klein, um die Hauptwählerschaft zu stellen. Dessen ist sich die Parteiführung durchaus

31 Vgl. Martin Beznoska u.a., Faktencheck Gerechtigkeit und Verteilung – eine empirische Überprüfung wichtiger Stereotype, IW-Report 29/2016, Köln 2016, S. 23 ff.

32 Vgl. Holger Lengfeld / Jessica Ordemann, Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg revisited. Eine Längsschnittanalyse 1984 – 2014, SOEPpapers 862, Berlin 2016.

33 Alternative für Deutschland, a.a.O. (Fn. 8), S. 22.

bewusst, denn sie sieht in den so genannten „kleinen Leuten“ auch nur eine von insgesamt fünf sehr verschiedenen Zielgruppen.<sup>34</sup>

Unübersehbar ist, dass die der AfD zugeneigten Bürger trotz ihrer soliden sozio-ökonomischen Lage pessimistischer in die Zukunft blicken als die Anhänger aller anderen Parteien. Dabei sorgen sie sich im besonderen Maße um die gesamtwirtschaftliche Lage, sowie um Probleme zum Thema Zuwanderung. Ebenso negativ nehmen sie die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit und den sozialen Zusammenhalt in Deutschland wahr.

Eine Analyse der Ergebnisse der Landtagswahlen 2016 auf Kreisebene bietet erste Erklärungsansätze für das vermeintliche Spannungsfeld aus solider wirtschaftlicher Lage und Zukunftsängsten. Danach schneidet die AfD in ländlichen, strukturschwachen Gebieten besonders gut ab. Neben der Bevölkerungsdichte stellt die Arbeitslosenquote eines Kreises eine wichtige Determinante des AfD-Erfolgs dar. In Westdeutschland geht zudem ein höherer Anteil von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit einem höheren AfD-Stimmenanteil einher. Sowohl im gesamtdeutschen als auch im Vergleich der westdeutschen Kreise gilt: Obwohl AfD-Anhänger nur zu einem sehr kleinen Teil von Arbeitslosigkeit betroffen sind, leben sie häufig in Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit. Zu vermuten ist, dass diese Menschen von Status- und Verlustängsten geplagt sind, ihre bisherige Lebensweise bedroht sehen ohne das Gefühl zu haben, sich dagegen wehren zu können. Außerdem spricht der vorliegende Befund gegen die Kontakthypothese, nach der der Kontakt zu Ausländern zu deren Akzeptanz führt. Gerade in Westdeutschland ist ein hoher Ausländeranteil in einem Kreis ein Indikator für ein gutes Ergebnis der AfD. Interessanterweise führt ein höherer Ausländeranteil in westdeutschen Universitätsstädten allerdings zu weniger AfD-Zulauf, was dafür sprechen könnte, dass die Kontakthypothese eng mit dem Bildungsniveau verknüpft ist. Zudem ist zu vermuten, dass weltoffene Menschen eher in Städte mit einem hohen Ausländeranteil ziehen. Aussagekräftige Tests hierzu werden allerdings erst in Mehrebenenanalysen möglich, für die noch keine Daten verfügbar sind.

Während AfD-Anhängerschaft in Ostdeutschland offenbar zu etwas vollkommen Normalem geworden ist und die Neigung zu dieser Partei kaum signifikante regionale Merkmale aufweist, hat die Partei in Westdeutschland in strukturschwachen Gebieten besonders großen Erfolg. Da nichts darauf hindeutet, dass die westdeutsche AfD stärkeren Zulauf von sozial schwachen Anhängern hat, tut sich an dieser Stelle ein Spannungsbogen zwischen den Sorgen und Abstiegsängsten der Menschen und ihrer tatsächlichen Situation auf. Warum die AfD-Anhänger pessimistischer sind als ihre Mitbürger, kann nicht abschließend geklärt werden. Eine Hypothese für ihre Parteipräferenz könnte sein, dass eine pessimistische Weltsicht die Sympathie für politische Kräfte befördert, die vermeintlich bewahrende, protektionistische und konservative Positionen vertreten.

Die Neigung zu einer Partei, die sich selbst als einzige Alternative zu den von ihr als „Altparteien“ etikettierten anderen politischen Kräften sieht, und die ihrem Selbstverständnis nach die einzige Kraft wider die vermeintlich alternativlose Euro-Rettung wie die zeitweilig unbegrenzte Aufnahme von Flüchtlingen ist, dürfte sich aus der Sehnsucht nach einem Ausbruch aus eben dieser Alternativlosigkeit speisen. Wer meint, über keine Alternative zu verfügen, fühlt sich ausgeliefert. Die an das Parteikürzel angelehnte Charakterisierung der AfD als einer Partei der sich *ausgeliefert* fühlenden Durchschnittsverdiener erscheint demnach angemessen.

34 Vgl. ebenda, S. 4.

## Anhang

*Tabelle A1: Deskriptive Statistiken*

Variable	Obs	Mean	Std. Dev.	Min	Max
a) Baden-Württemberg					
AfD Stimmenanteil (in Prozent)	44	15,2	3,0	8,7	24,9
Arbeitslosenquote (in Prozent)	44	3,9	1,1	2,5	7,4
Bevölkerungsdichte (in Prozent)	44	529	605	100	2.954
Altersquotient über 65 Jahre (in Prozent)	44	20,0	1,7	16,2	26,5
Anteil Universitätsstädte (in Prozent)	44	20,5	40,8	0,0	100,0
Pro-Kopf-Einkommen (in 1.000 €)	44	22.321	3.148	18.347	40.350
Preisniveau (Index)	44	95,5	3,9	89,5	104,9
Anteil allg. Hochschulreife (in Prozent)	44	28,0	8,0	17,0	54,5
Ausländeranteil (in Prozent)	44	12,1	4,2	5,7	22,8
Aufenthaltsgestattungen (in Prozent)	44	1,0	0,3	0,1	1,6
Wahlbeteiligung (in Prozent)	44	69,7	3,1	62,0	75,1
b) Rheinland-Pfalz					
AfD Stimmenanteil (in Prozent)	36	12,9	3,0	8,1	19,5
Arbeitslosenquote (in Prozent)	36	5,5	2,0	3,2	12,9
Bevölkerungsdichte (in Prozent)	36	454	514	59	2.118
Altersquotient über 65 Jahre (in Prozent)	36	21,2	1,8	17,6	25,4
Anteil Universitätsstädte (in Prozent)	36	13,9	35,1	0,0	100,0
Pro-Kopf-Einkommen (in 1.000 €)	36	21.136	1.684	17.525	25.687
Preisniveau (Index)	36	90,5	3,2	86,1	102,2
Anteil allg. Hochschulreife (in Prozent)	36	31,9	10,2	12,8	56,6
Ausländeranteil (in Prozent)	36	8,0	3,7	3,1	22,2
Aufenthaltsgestattungen (in Prozent)	36	0,8	0,2	0,5	1,3
Wahlbeteiligung (in Prozent)	36	69,6	4,2	59,6	76,8
c) Sachsen-Anhalt					
AfD Stimmenanteil (in Prozent)	14	23,8	3,3	17,7	28,7
Arbeitslosenquote (in Prozent)	14	10,3	1,6	7,5	13,3
Bevölkerungsdichte (in Prozent)	14	301	500	38	1.722
Altersquotient über 65 Jahre (in Prozent)	14	25,1	2,1	21,8	29,5
Anteil Universitätsstädte (in Prozent)	14	14,3	36,3	0,0	100,0
Pro-Kopf-Einkommen (in 1.000 €)	14	17.225	734	15.987	18.544
Preisniveau (Index)	14	86,1	1,1	84,7	88,3
Anteil allg. Hochschulreife (in Prozent)	14	27,3	5,5	20,9	38,4
Ausländeranteil (in Prozent)	14	2,5	1,1	1,7	5,0
Aufenthaltsgestattungen (in Prozent)	14	1,2	0,3	0,9	2,0
Wahlbeteiligung (in Prozent)	14	61,1	1,9	57,5	63,7
d) Mecklenburg-Vorpommern					
AfD Stimmenanteil (in Prozent)	8	19,9	3,3	15,5	25,5
Arbeitslosenquote (in Prozent)	8	10,2	2,2	7,5	12,8
Bevölkerungsdichte (in Prozent)	8	274	412	45	1.126
Altersquotient über 65 Jahre (in Prozent)	8	37,2	2,5	34,5	41,5
Anteil Universitätsstädte (in Prozent)	8	25,0	46,3	0,0	100,0
Pro-Kopf-Einkommen (in 1.000 €)	8	16.859	707	16.018	17.968
Preisniveau (Index)	8	89,0	2,0	86,5	93,1
Anteil allg. Hochschulreife (in Prozent)	8	34,5	7,1	26,4	45,5
Ausländeranteil (in Prozent)	8	2,7	0,9	1,6	4,2
Aufenthaltsgestattungen (in Prozent)	8	1,1	0,5	0,5	2,0
Wahlbeteiligung (in Prozent)	8	62,0	2,3	59,3	65,3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz, Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, eigene Berechnung.

**Tabelle A2: Determinanten des AfD-Stimmenanteils (Abhängige Variable: Stimmenanteil der AfD nach Kreisen, in Prozent)<sup>1</sup>**

Variablen	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
				West	BW	RP	Ost
Arbeitslosenquote <sup>†</sup>	1,246*** (0,2241)	0,733*** (0,2160)	0,942*** (0,2165)	1,052*** (0,2801)	1,668*** (0,5577)	1,128*** (0,3933)	0,527 (0,3412)
Bevölkerungsdichte	-0,002** (0,0011)	-0,003*** (0,0009)	-0,003*** (0,0009)	-0,002* (0,0011)	-0,002* (0,0010)	-0,003 (0,0023)	-0,008** (0,0027)
Verfügbares Einkommen	-0,095 (0,1349)	-0,107 (0,1176)	-0,107 (0,1113)	-0,112 (0,1079)	-0,146 (0,1051)	-0,112 (0,3921)	-1,792 (1,2750)
Preisniveau (Index)	0,188 (0,1288)	-0,169 (0,1294)	-0,307** (0,1432)	-0,587*** (0,1593)	-0,639*** (0,1766)	-0,080 (0,3376)	0,918* (0,4359)
Allgemeine Hochschulreife <sup>†</sup>	-0,262*** (0,0432)	-0,194*** (0,0396)	-0,144*** (0,0401)	-0,107** (0,0423)	-0,209*** (0,0683)	-0,100 (0,0600)	-0,204 (0,1449)
Wahlbeteiligung <sup>†</sup>	-0,235** (0,1176)	0,034 (0,1133)	0,140 (0,1151)	0,348*** (0,1290)	0,390*** (0,1419)	0,257 (0,2276)	0,083 (0,3643)
Ausländer <sup>†</sup>	0,238 (0,1499)	0,767*** (0,1617)	0,668*** (0,1559)	0,717*** (0,1613)	0,681*** (0,1940)	0,616** (0,2931)	0,725 (1,0842)
Dummy-Ost		8,074*** (1,4536)					
Dummy-RP			-2,461*** (0,9120)	-3,895*** (0,9810)			
Dummy-SH				5,986*** (1,7925)			6,167*** (1,8030)
Dummy-MV					3,617* (1,8548)		
Konstante	16,119 (12,0636)	26,095** (10,6621)	31,067*** (10,8537)	40,838*** (11,6921)	44,581*** (13,3865)	-1,962 (23,0458)	-34,927 (45,1140)
Beobachtungen	102	102	102	80	44	36	22
R-Quadrat	0,666	0,749	0,780	0,557	0,695	0,430	0,824
Adj. R-Quadrat	0,641	0,728	0,756	0,507	0,636	0,287	0,715

<sup>1</sup> In den abgebildeten Schätzungen sind die Einflüsse des Altersquotienten und des Anteils der Aufenthaltsgestattungen nicht berücksichtigt, da sie keinen signifikanten Einfluss zeigen. Außerdem ist bei der Interpretation zu berücksichtigen, dass es sich nur um eine Querschnittsbetrachtung handelt und somit um einfache deskriptive Korrelationen. Aufgrund der Änderung der Kreiszuschnitte in Mecklenburg-Vorpommern lassen sich die Einflüsse kurzfristiger Veränderungen einzelner unabhängiger Variablen auf den AfD-Erfolg nur unzureichend untersuchen.

\*\*\* p < 0,01, \*\* p < 0,05, \*p < 0,1.

<sup>†</sup> Anteil in Prozent der Gesamtbevölkerung.

Lesehilfe: Der Koeffizient der Arbeitslosenquote in der ersten Spalte gibt an, dass – unter sonst gleichen Bedingungen – eine um einen Prozentpunkt höhere Arbeitslosenquote mit einem um 1,246 Prozentpunkte höheren AfD-Stimmenanteil einhergeht. Die drei Sterne deuten darauf hin, dass der Effekt mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Prozent statistisch signifikant ist. Das R-Quadrat derselben Spalte zeigt, dass die betrachteten kreispezifischen Variablen 66,6 Prozent der regionalen Unterschiede der AfD-Ergebnisse erklären können. Das adjustierte R-Quadrat bereinigt den Erklärungsgehalt des Modells um die Anzahl der Variablen, da die Hinzunahme jeder weiteren Variable per Definition die erklärte Varianz erhöht. Der Koeffizient des Dummies „Ost“ gibt an, dass bei Berücksichtigung aller betrachteten regionalen Faktoren das AfD-Ergebnis in Ostdeutschland – darüber hinaus – um rund 8,1 Prozentpunkte höher ausfällt als in einem westdeutschen Kreis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Bundesämter der Länder, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz, Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, eigene Berechnungen.

Tabelle A3: Interaktionseffekte

Variablen	(1) Gesamt	(2) West	(3) BW	(4) RP	(5) Ost
Arbeitslosenquote	0.701*** (0.1816)	0.615*** (0.2111)	1.668*** (0.5625)	0.492** (0.2295)	0.577* (0.2901)
Universitätsstadt	-0.299 (0.3196)	-0.269 (0.6543)	-2.488** (1.1984)	-1.328 (2.2158)	1.663 (1.4173)
AL-Quote * Universitätsstadt	1.267 (3.5991)	1.9 (4.0001)	-0.564 (4.375)	12.648 (11.5493)	-7.321 (20.4871)
Ausländeranteil	0.189* (0.0977)	0.239** (0.0986)	-0.063 (0.1638)	0.340** (0.1373)	-1.348 (0.8402)
Ausländer * Universitätsstadt	-0.303* (0.159)	-0.358** (0.1695)	0.447 (0.3356)	-0.732 (0.4417)	-2.929 (1.9578)
dummy-RP	-3.235*** (0.788)	-2.952*** (0.8245)			
Dummy-SH		5.410*** (1.8752)			4.551*** (1.1447)
Dummy-MV		1.735 (1.9574)			
Konstante	11,264*** (1,0809)	11,021*** (1,0541)	10,548*** (1,5385)	7,891*** (1,2912)	17,202*** (3,7604)
Beobachtungen	102	80	44	36	22
R-Quadrat	0.734	0.462	0.466	0.441	0.754
Adj. R-Quadrat	0.711	0.418	0.395	0.348	0.656

\*\*\* p < 0,01, \*\* p < 0,05, \*p < 0,1.

Lesehilfe: Der Koeffizient des Interaktionseffektes zwischen dem Ausländeranteil und dem Dummy „Universitätsstadt“ in der ersten Spalte gibt an, dass eine Erhöhung des Ausländeranteils innerhalb einer Universitätsstadt um einen Prozentpunkt mit einem um rund 0,3 Prozentpunkte geringeren Stimmenanteil der AfD einhergeht. Dieser Effekt ist mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von zehn Prozent statistisch signifikant. In den betrachteten westdeutschen Universitätsstädten (Spalte 2) impliziert ein um einen Prozentpunkt höherer Ausländeranteil unter sonst gleichen Bedingungen ein um 0,36 Prozentpunkte geringeres AfD-Ergebnis. Abgesehen von der separaten Schätzung für Baden-Württemberg (Spalte 3) verblasst der signifikante Einfluss des Dummies „Universitätsstadt“ bei Berücksichtigung der Interaktionseffekte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Bundesämter der Länder, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz, Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, eigene Berechnung.